

Wärmewende Pressemeldung 22.6.2025

Das Bündnis Wärmewende Frankfurt sagt:

- **Nein zur Erhöhung der Preise für Fernwärme**
- **Rascher Gasausstieg 2035 geht nur mit sozialen Fernwärmepreisen**

Anlässlich der Aktionärsversammlung der Mainova AG am 25. Juni kritisiert das Bündnis Wärmewende Frankfurt scharf die von der Mainova angekündigte Preiserhöhung für Fernwärme um 25 bis 36 Prozent. Bei der geplanten Kundgebung unmittelbar vor der Aktionärsversammlung wird das Bündnis die Rücknahme der enormen Preissteigerungen fordern. Die wegen der Klimakrise notwendige rasche und effektive Umstellung der Wärmeversorgung auf erneuerbare Energien mit einem Gasausstieg im Jahr 2035 sei nur als soziale Wärmewende machbar. Mit ihrer Preiserhöhung und damit steigenden Wohnkosten werde die Mainova AG eine schnelle Wärmewende ausbremsen.

Mittwoch, 25. Juni 2025, 09:00

Meliá City Hotel, Senckenberg-Anlage 13, Frankfurt

- geeignet für Wort- und Bildberichterstattung -

Karl Höhn von Attac Frankfurt und Bündnis Wärmewende erklärt: „Für viele Menschen in Frankfurt ist die kürzlich angekündigte drastische Erhöhung der Fernwärmepreise ein Schock. Bereits jetzt sind für viele die Miet- und Wohnenergiekosten sehr bedrohlich. Und als Fernwärmekunden stehen sie dem Monopolisten Mainova hilflos gegenüber. Diese Politik der Mainova ist nicht nur ein Frontalangriff auf die Fernwärmekunden, sondern auch auf die klimapolitische Beschlusslage der Stadt und die Wärmewende.“

Deswegen fordert Sven Nagel vom Frankfurter Klimaentscheid und Bündnis Wärmewende offene Wärmenetze auf Basis der Abwärme von Rechenzentren und Geothermie. Keine Fernwärme mit Gas, wie es die Mainova derzeit umsetzt. Nicht nur aus Klimaschutz-Gründen, sondern weil die Gestehungskosten für Abwärme und Geothermie auf 30-40€/MWh, und für Gas auf 80€/MWh geschätzt werden. Frankfurt ist bereits die zweitteuerste Stadt für Mieter*innen in ganz Deutschland. Wir brauchen bezahlbare, klimaneutrale Fernwärme, keine Verdopplung der Kosten.

Jochen Müller von der Gemeinwohlökonomie und vom Bündnis Wärmewende kommentiert: „Es ist unglaublich, dass die Mainova AG diese angeblich ‚*unvermeidlichen*‘ Preiserhöhungen mit den ‚*ambitionierten*“

Transformationsplänen der Stadt hin zur Klimaneutralität begründet. Die Mainova AG und ihre Kunden werden damit als Opfer der Klimapolitik der Stadt Frankfurt dargestellt. Dies lässt interessante Brüche zwischen der Mainova AG und der Stadt Frankfurt vermuten, die durch ihre Stadtwerke Holding mit 75% Mehrheitseigentümer der Mainova AG ist. Die Mainova AG erzählt öffentlich das durchschaubare Märchen von der billigen Gasheizung, die neben den geringeren Investitionskosten *„aktuell auch noch 40% günstiger im Betrieb“* sei, was vielen Studien widerspricht. Zudem werde erst *„ab 2035 das Heizen mit der Wärmepumpe - sofern das Haus bereits gedämmt ist - günstiger, und erst ab 2039“* [sei] *„auch der Bezug von Fernwärme finanziell sinnvoller als Gas“*. Tatsächlich ist in der Regel schon heute eine Investition in die Wärmepumpe über die Zeit rentabler und die Fernwärmepreise hat die Mainova AG selbst in der Hand. Es wäre die Aufgabe der Mainova AG und der städtischen Vertreter:innen im Aufsichtsrat, laut und deutlich die Frankfurter:innen vor der Kostenfalle Gas zu warnen, statt sie hinein zu locken, und die existentiellen gesellschaftlichen Kosten des Klimakollaps in den Vordergrund zu rücken.“

Alexis Passadakis von Attac Frankfurt und Bündnis Wärmewende ergänzt: „Wir fordern, dass die Mainova im Einklang mit dem stadteigenen Beschluss *„Klimaneutrales Frankfurt 2035“* den Gasausstieg bis 2035 umsetzt. Vor diesem Hintergrund ist es bemerkenswert, dass die städtischen Vertreter:innen im Aufsichtsrat der Mainova die Preiserhöhung und somit diesen Angriff auf Mieter:innen und eine rasche Wärmewende mittragen. Denn die Mainova AG agiert hier nicht in der Rolle des Hauptakteurs einer schnellstmöglichen Wärmewende, sondern offensichtlich als Mitglied des Gas-Lobbyclubs *„Gas- und Wasserstoffwirtschaft“*. Angesichts der hohen Gewinne der Mainova muss die Preiserhöhung zurückgenommen werden.

Das Bündnis Wärmewende Frankfurt fordert von der Mainova AG und der Stadt Frankfurt eine sofortige Rücknahme der Ankündigung der Preiserhöhungen, eine warmmieten-neutrale Wärmewende und eine Umwandlung der Mainova AG in eine Anstalt öffentlichen Rechts, um eine gemeinwohlorientierte Wärmeversorgung als Teil der kommunalen Daseinsvorsorge zu organisieren.